



## Sicherheit und Zukunftsperspektiven für junge Geflüchtete aus Afghanistan!

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist katastrophal, tausende Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – versuchen derzeit aus dem Land zu fliehen. Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) e.V. betont mit Nachdruck die Forderungen zur Schaffung sicherer Fluchtmöglichkeiten – ohne jegliche bürokratische Hürden – und zur Umsetzung von Bundes- und Landesaufnahmeprogrammen. Jahrelang hat die Bundesregierung eine Politik des systematischen Wegschauens und Beschönigens betrieben. „Bis vor Kurzem wollte die Bundesregierung nicht von Abschiebungen absehen und hat sich immer wieder auf die geschönten Lageberichte des Auswärtigen Amtes berufen“, so Mohammed Jouni, Vorstandsmitglied des BumF und Mitbegründer von Jugendliche ohne Grenzen (JoG). Wenigstens jetzt muss konsequent Verantwortung übernommen werden. Zugleich verweist der BumF auf die Situation der in Deutschland lebenden und der neu ankommenden jungen Geflüchteten aus Afghanistan und auf die dringende Notwendigkeit, wirksame Maßnahmen für ihren Schutz und ihre Zukunftsperspektiven zu ergreifen.

Zahlreiche junge Menschen aus Afghanistan leben – mitunter seit Jahren – ohne sicheren Aufenthaltsstatus in ständiger Angst vor der Abschiebung, in ständiger Sorge um ihre Zukunft. Zudem sind viele der geflüchteten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in permanenter Besorgnis um Angehörige, die in Afghanistan geblieben sind, in Nachbarländer geflohen sind oder in den Elendslagern an den EU-Außengrenzen festsitzen. Unter diesen Bedingungen ist ein Ankommen kaum möglich, Teilhabe- und Integrationsmöglichkeiten, etwa im Bereich Bildung oder auf dem Arbeitsmarkt, werden versperrt. Die Situation dieser jungen Menschen in den Blick zu nehmen, ist jetzt besonders dringlich. Die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan verschärfen die zuvor schon enormen Belastungen und Unsicherheiten, denen junge Geflüchtete aus Afghanistan in Deutschland ausgesetzt sind, eklatant.





Wie sehr die Lage in Afghanistan das Leben von Kindern und Jugendlichen in Deutschland prägt, verdeutlicht Jeanne Amedi, pädagogische Leitung der stationären Hilfen bei Evin e.V.: „Die meisten Mädchen und Jungen, die Evin e.V. zurzeit stationär betreut, sind in Afghanistan geboren und haben ihre Kernfamilien dort. Die Entwicklungen in Afghanistan wirken sich direkt auf die Konzentrationsfähigkeit der Jugendlichen aus, in der Schule wie in den Ausbildungen. Zur Sorge um die Familie kam die gesteigerte Angst vor den Abschiebungen hinzu, insbesondere bei denen, die sich in Klageverfahren befinden. In einigen Fällen meinten wir Anzeichen von Retraumatisierungen zu erkennen. Insgesamt erschweren gerade viele Faktoren die ohnehin fordernden Bemühungen der Jugendlichen, hier Fuß zu fassen. Unsere Mitarbeiter\*innen suchen in dieser Situation händeringend nach kostenfreien Rechtsberatungen für die Jugendlichen sowie nach psychotherapeutischen Angeboten.“

Um ein Ankommen zu ermöglichen, um Sicherheit und Teilhabemöglichkeiten für die jungen Menschen zu schaffen, braucht es umfassende Maßnahmen, unter anderem:

- 1.** Einen sofortigen unbefristeten, formellen und bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan! Die Innenministerkonferenz muss Fakten schaffen, die der Realität im Land gerecht werden: Abschiebungen nach Afghanistan müssen auch langfristig ausgeschlossen sein.
- 2.** Allen afghanischen Schutzsuchenden muss ein sicherer Aufenthaltsstatus erteilt werden! Es braucht jetzt gerechte Bleiberechtsperspektiven für alle jungen Menschen aus Afghanistan. Die Behörden müssen in diesem Zusammenhang auch anerkennen, dass die Beschaffung von Dokumenten aus Afghanistan unmöglich ist und Aufenthaltstitel auch ohne die Vorlage von Personaldokumenten zulassen. In der Vergangenheit abgelehnte Schutzgesuche sind erneut zu prüfen und Folgeanträge durch das BAMF priorisiert positiv zu entscheiden.
- 3.** Eine schnelle und unbürokratische Familienzusammenführung! Es muss ermöglicht werden, dass Familienangehörige, einschließlich Geschwisterkindern, von bereits in Deutschland lebenden jungen Geflüchteten, möglichst zügig nachziehen können. Es braucht insbesondere für die kommenden sechs bis zwölf Monate Regelungen für eine zügige, humanitäre Aufnahme von Angehörigen von





in Deutschland lebenden afghanischen Geflüchteten – nicht nur aus Afghanistan, sondern auch aus den Nachbarländern – ohne zeitraubende Einzelfallprüfungen.

4. Die Sicherstellung, dass Kommunen und Träger der Jugendhilfe kurzfristig zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, um die besonderen Bedarfe im Bereich der psychosozialen Begleitung und der rechtlichen Beratung auffangen zu können, die sich aus der derzeitigen Situation ergeben.

**Kontakt für Rückfragen und Interviews:**

Helen Sundermeyer

[h.sundermeyer@b-umf.de](mailto:h.sundermeyer@b-umf.de)